



Der Vorsitzende des
Haupt- und Finanzausschusses
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin Elke Kessel

Wiesbaden, 29.04.2020

1. Den Mitgliedern des
Haupt- und Finanzausschusses
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Haupt- und Finanzausschusses
am Mittwoch, 6. Mai 2020, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

HINWEIS: Es wird empfohlen, einen Mund-Nase-Schutz zu tragen.

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen am 05.02.2020 und am 18.03.2020
2. **20-F-03-0005**

Corona als Chance - Digitale Formen der Bürgerbeteiligung ermöglichen und etablieren
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.04.2020-

Die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung sind in Coronazeiten schwierig geworden. Menschen trauen sich wahrscheinlich über viele Monate noch nicht zu Workshops, Versammlungen oder Infoveranstaltungen, sollten diese denn überhaupt zugelassen werden.

Um sich am aktuellen politischen Geschehen trotzdem beteiligen zu können, bedarf es deshalb den verstärkten Einsatz von digitalen Beteiligungsmöglichkeiten.

Sprechstunden über Videoportale, digitale Umfragen, Streams von Präsentationen mit anschließenden Diskussionen in Chats sind Beispiele um Bürger*innen digitale Beteiligung zu bieten.

notwendig, daher sind digitale Formate viel einfacher umzusetzen als im parlamentarischen Betrieb.

Die Etablierung solcher Beteiligungsmöglichkeiten wäre außerdem zukunftsweisend und könnte auch für die Zeit nach Corona Bestand haben.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. Konzepte für digitale Beteiligungsprozesse zu forcieren und in Zusammenarbeit mit den beteiligten Ämtern umzusetzen.
2. Den Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik regelmäßig über Erfahrungen mit den umgesetzten Maßnahmen zu informieren.
3. sich beim Land dafür einzusetzen, dass die HGO der Gestalt geändert wird, dass auf kommunaler Ebene Videokonferenzen auch für Fachausschüsse und Ortsbeiratssitzungen eingesetzt werden können.

3. 20-F-10-0008

Großprojekte auf Eis legen und Finanzierbarkeit Neubewerten

-Antrag der AfD-Stadtverordnetenfraktion für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 28.04.2020-

Es zeichnet sich ab, dass die zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie weltweit notwendigen Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens zu einer ebenfalls weltweiten Wirtschaftskrise führen werden, die über dieses Jahr hinaus zu einer beträchtlichen Schrumpfung des BIPs aller betroffenen Nationen führen wird. In den Kassen deutscher Kommunen wird sich diese Rezession u.a. als Einnahmeverlust bei der Gewerbesteuer bemerkbar machen.

Vor diesem Hintergrund sind wir der Ansicht, dass alle von der Stadtverordnetenversammlung avisierten oder bereits auf den Weg gebrachten Großprojekte vorerst „auf Eis“ gelegt werden sollten. Das heißt: die Weiterarbeit an den Projekten - in den politischen Gremien ebenso wie in den städtischen Gesellschaften - sollte ausgesetzt werden. Die „CityBahn“, das „Ostfeld“, der Sportpark Rheinhöhe sowie die Sanierung des Walhalla wurden in den vergangenen Jahren unter budgetären Voraussetzungen diskutiert und vorangetrieben, die durch die kommende Rezession zu nichte gemacht werden könnten. Auch wurden diese Projekte vorangetrieben unter der Prämisse, dass sie alle finanzierbar seien.

Unsere Fraktion hat starke Zweifel daran, dass dies in Zukunft noch der Fall sein wird. Bis nicht das ganze Ausmaß des zukünftigen Einnahmeverlustes zu überblicken ist, sollten keine weiteren politischen Beschlüsse mehr zu den vier genannten Großprojekten gefasst werden, die mit Ausgaben und/oder rechtlichen Verpflichtungen einher gehen - und zwar für die Dauer von mindestens sechs Monaten.

Der Haupt- und Finanzausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt,

1. das für 2020 geplante Interessebekundungsverfahren für die zukünftige Vermietung des Walhalla bis mindestens zum 01. November 2020 auszusetzen.
2. das Bauleitplanverfahren für den Sportpark Rheinhöhe ebenso lange ruhen zu lassen.
3. die Abstimmung über die Entwicklungssatzung für das „Ostfeld“ auf die Zeit nach der Kommunalwahl zu verschieben.

4. bis zum Beschluss des Vertreterbegehrens zum CityBahn-Bürgerentscheid beim Bund und dem Land Hessen in Erfahrung zu bringen, ob mit den versprochenen Fördermitteln für den Bau der CityBahn auch trotz Rezession weiterhin gerechnet werden kann.
- II.
 1. die Prognosen über die städtischen Einnahmen in den Jahren 2020-22 im Laufe der nächsten sechs Monate einer Re-evaluation zu unterziehen.
 2. auf Grundlage der angepassten Prognosen eine Einschätzung darüber vorzulegen, ob die finanziellen Voraussetzungen der hier genannten Großprojekte - erwartete Gewerbesteuererinnahmen, Verfügbarkeit von Fördermitteln von Bund und Land, Höhe der Rücklagen - weiterhin gegeben sind.

4. **20-F-05-0021**

Auswirkungen der Covid-19-Krise auf den städtischen Haushalt und die Gesellschaften
-Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 29.04.2020-

Die anhaltende Corona-Epidemie schränkt nicht nur das gesellschaftliche Leben ein, sondern trifft auch die lokale Wirtschaft und damit die Finanzen der Stadt. Durch die hohe Abhängigkeit der Landeshauptstadt Wiesbaden von den Einnahmen aus der Gewerbesteuer entsteht somit ein veritables Haushaltsrisiko. Umsatzeinbußen städtischer Gesellschaften können den Haushalt in der Folge indirekt belasten. So resultiert u.a. der Wiesbaden Congress & Marketing GmbH (WCM) durch Absagen von Veranstaltungen, Events, Messen und Kongressen ein beträchtlicher wirtschaftlicher Schaden. Städtische Liquiditätsmaßnahmen könnten für eine Vielzahl von Gesellschaften notwendig werden.

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. welche Konsolidierungsmaßnahmen er bereits ergriffen hat und für die nähere Zukunft plant, um die finanzielle Stabilität des städtischen Haushaltes sicherzustellen.
2. wie viele der im Doppelhaushalt 2020/2021 zugesetzten Stellen noch unbesetzt sind.
3. wie sich die Liquiditätssituation in den städtischen Gesellschaften und Eigenbetrieben seit Beginn der Corona-Krise entwickelt hat und ob die Notwendigkeit für Kapitalmaßnahmen gesehen wird.

5. **20-F-08-0030**

Sonderkonjunkturprogramm für Investitionen in Schulbauten - Sanierung an Schulen
-Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden vom 28.04.2020-

Der Sanierungsstau an Schulen in der Landeshauptstadt Wiesbaden wird auf mehrere hundert Millionen € geschätzt. Aktuell wurde den Stadtverordneten ein „Finanzbericht Schulamt für 2019“ vorgelegt. In diesem wird mit Bezug auf die Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung (z. B. „Instandhaltungsoffensive (18-V-40-0016“) dargelegt, dass das Budget für Instandhaltungsmaßnahmen an Schulen im Jahr 2019 überschritten wurde und dass bereits jetzt erkennbar ist, dass das Budget für Instandhaltungen auch im Jahr 2020 nicht ausreichen wird. Auch die Mittel der Programme KIP I und KIP II sind bereits verplant oder verausgabt. Große Schulneubauten sind - auch angesichts der Zunahme der Bevölkerung - notwendig, geplant und stellen künftig einen noch größeren Ausgabeposten dar - im Investitionshaushalt der Stadt bzw. bei den städtischen Gesellschaften und damit bei Ausgaben der Stadt für Mieten.

Zur Förderung eines Konjunkturaufschwungs wurden in der letzten großen Finanzkrise Sonderkonjunkturprogramme von Bund und Land beschlossen, die zum größten Teil für

Investitionen an Schulen und Kindertagesstätten verwendet werden konnten bzw. mussten. Mit diesen konnte ein spürbarer Beitrag zum Abbau des Sanierungsstaus geleistet werden, aber sie waren bei weitem nicht ausreichend.

Auch im vorliegenden „Finanzbericht Schulamt für 2019“ wird deutlich, welchen immensen Bedarf es an Sanierungen noch gibt, wobei nur die dringendsten, bereits eingeleiteten oder geplanten Maßnahmen aufgeführt sind. Alleine bei der Sanierung von WC-Anlagen wird eine zweistellige Zahl von Schulen genannt. Die Dringlichkeit wird angesichts der aktuellen hygienischen Anforderungen besonders deutlich. Beim Sanierungsbedarf an Heizungsanlagen und Fenstern existiert ein ähnlich hoher Handlungsbedarf, der aus ökonomischen und ökologischen Gründen keinen Aufschub bei der notwendigen Beseitigung duldet.

Angesichts dieser Situation möge der Ausschuss beschließen:

- 1) Der Magistrat möge sich gegenüber Land und Bund für die Neuauflage eines Sonderkonjunkturprogramms einsetzen. Hierzu soll auch eine entsprechende Beschlussfassung des Hessischen Städtetags angeregt werden, in dem die Landeshauptstadt Wiesbaden auch durch Stadtverordnete und Magistratsmitglieder vertreten ist.
- 2) Der Magistrat möge, z. B. durch rechtzeitige Kostenermittlungen und Vorgaben für die Anmeldungen, für die Haushaltsberatungen im kommenden Jahr Vorbereitungen treffen, damit mit einem „Sonderkonjunkturprogramm Schulen und Kindertagesstätten in Wiesbaden“ in der Höhe von mind. 100 Millionen € pro Haushaltsjahr aus dem städtischen Haushalt ein spürbarer Beitrag zum Abbau des Sanierungsstaus geleistet werden kann und damit auch der lokalen Wirtschaft, insbesondere dem Handwerk, Impulse gegeben werden, um die aktuelle tiefe Finanzkrise möglichst schnell zu überwinden und nicht dauerhaft die Infrastruktur zu schädigen.

6. 20-F-08-0031

Überwachung des Kulturparks und der unmittelbaren Umgebung der Kultureinrichtung Kreativfabrik Wiesbaden (KREA)

-Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden vom 29.04.2020-

In einem Schreiben des Vereinsvorsitzenden Janne Muth vom 2. April 2020 wandte sich der Verein Kreativfabrik Wiesbaden e.V. an den Ordnungsdezernenten Bürgermeister Dr. Franz, in dem ganz entschieden die Videoüberwachung des Kulturparks und insbesondere die in der zweiten Februarhälfte erfolgte Installation neuer Anlagen zur Überwachung des Umfeldes und des Eingangsbereichs der Kreativfabrik kritisiert werden und der Abbau der Anlagen gefordert wird. Die Kritik und die Forderung des Vereins werden sehr ausführlich und nach Auffassung der antragstellenden Rathausfraktion LINKE&PIRATEN auch plausibel begründet. So heißt es in diesem Schreiben (siehe Anlage) u.a.:

- „1. Es gibt bereits ein Sicherheitskonzept für den Kulturpark, das seit 2010 von einer Vielzahl von Akteuren, eng verzahnt mit dem Projekt Kultur im Park, getragen und in einer regelmäßig tagenden Sicherheitsrunde evaluiert wird. Das Konzept läuft in eine völlig andere Richtung. (Teilnehmer der Sicherheitsrunde sind u.a.: Ordnungsamt, Bundespolizei, Landespolizei, Stadtpolizei, Dezernat II (!), Kulturamt, Grünflächenamt, Amt für Soziale Arbeit (KULTUR im PARK), Projekt HALT!, Suchthilfzentrum, Kulturzentrum Schlachthof, Kreativfabrik, Friedrich-Wilhelm-Murnau-Stiftung)
2. Die Kriminalität im Kulturpark ist seit Jahren rückläufig, das Sicherheitskonzept funktioniert und wird von allen Beteiligten gelobt. Es gibt keine Zahlen, keine festgehaltene Wahrnehmung oder Erhebung, die den Kulturpark als Kriminalitätsschwerpunkt erscheinen lässt.
3. Der Kulturpark ist ein Freizeitzentrum. Die Kreativfabrik ist Freiraum für Jugendliche und Junggebliebene. Die Stigmatisierung als Kriminalitätsschwerpunkt ist schädlich für alle Akteure und das Erscheinungsbild der Stadt.“

Der Ausschuss wolle beschließen:

1. Der Ausschuss spricht sich für einen umgehenden Abbau der installierten Videoüberwachungsanlagen am Kulturpark aus, ersatzweise für eine unverzügliche Außerbetriebnahme und Sicherstellung, dass keine Aufnahmen erfolgen, bevor der Stadtverordnetenversammlung dargelegt wird, dass die seit Jahren erfolgten Sicherheitsmaßnahmen im Kulturpark und insbesondere der unmittelbaren Umgebung der Kreativfabrik nicht ausreichen und die Zunahme von Straftaten im Bereich des Kulturparks und insbesondere in der unmittelbaren Umgebung der Kreativfabrik die Installation einer Überwachungsanlage verhältnismäßig und erforderlich erscheinen lassen bzw. es sich bei diesen Bereichen um Kriminalitätsschwerpunkte handelt.
2. Die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit der Überwachungsanlage soll nach Vorlage der konkreten Fakten (Zahlen, Delikte, Tatorte, Entwicklung 2010-2020) gegenüber der Stadtverordnetenversammlung von dieser bewertet werden. Die Überwachungsanlage ist vorher nicht wieder in Betrieb zu nehmen.

7. **20-F-05-0018**

Finanzierung des geplanten Citybahn
Projektes

-Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 11.03.2020-

Das geplante Citybahn-Projekt stellt für die Landeshauptstadt Wiesbaden das größte Investitionsprojekt seit Jahrzehnten dar. Bisher verfügt die zuständige Citybahn GmbH über eine sehr dürftige Eigenkapitalausstattung, womit sich die Frage stellt, ob der Bau einer Citybahn vollständig fremdfinanziert werden soll oder es einer Eigenkapitalzuführung der Gesellschafter bedarf.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. darzustellen, wie hoch der Kapitalbedarf für den Bau der geplanten Citybahn ist und wie die Maßnahme innerhalb der Citybahn GmbH finanziert werden soll.
 - a) in welcher Höhe soll über den Konzern Stadt oder die LHW selbst Eigenkapital zur Verfügung gestellt werden?
 - b) fließt die Förderung über das GVFG direkt dem Eigenkapital zu?
 - c) benötigen die Citybahngesellschaft oder die WVV städtische Bürgschaften für die Fremdfinanzierung des Projektes?
 2. den städtischen Gremien schnellstmöglich aber spätestens bis zum angestrebten Bürgerentscheid einen Kostenrahmen für das Citybahnprojekt zu präsentieren, der alle Bau- und Herstellungskosten beziffert und aufzeigt wie diese zwischen den Projektpartner verteilt werden.
8. Sachstandbericht Stadtkämmerer Axel Imholz

9. Arbeit der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse in der aktuellen Situation (Corona)
10. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. **16-S-00-0020**
Wahl von Verwaltungsbediensteten zu weiteren Schriftführerinnen/Schriftführern
2. **19-V-36-0011** DL 11/20-1
Sedanplatz Wassertisch Sachstand
3. **20-V-02-8002** DL 12/20-1
Ausbildungspakt plus3 mit dem Bildungszentrum InfraServ - Fortführung für die Ausbildungsjahrgänge 2020 und 2021
4. **20-V-03-0006** DL 12/20-2
Verfahren zur Aufstellung des neuen Schulentwicklungsplanes
5. **20-V-04-0008** DL 15/20-1, 13/20-1
Bericht zum Projekt Walkmühle
6. **20-V-05-0006** DL 08/20-3, 06/20-7
Betreuung der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH durch die Landeshauptstadt Wiesbaden mit ergänzenden Dienstleistungen zum Busverkehr
7. **20-V-06-0003** DL 12/20-3
Beitragsverzicht im Rahmen des § 13 der Kindertagesstättensatzung und analoge Anwendung auf Freie Träger von Kindertagesstätten

- | | | |
|------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------|
| 8. | 20-V-10-0001 | DL 08/20-4, 07/20-1 |
| | Neubau Bürgerhaus Kastel-Kostheim;
Ergebnis des Architektenwettbewerbs - Grundsatzvorlage | |
| 9. | 20-V-20-0015 | DL 15/20-2, 13/20-2 |
| | 1. Quartalsbericht Sperrvermerk Kassenwirksamkeit | |
| 10. | 20-V-31-0002 | DL 11/20-3 |
| | Evaluierung und Verlängerung der Alkoholverbotszone | |
| 11. | 20-V-40-0001 | DL 15/20-3, 13/20-3 |
| | Finanzbericht Schulamt für 2019 | |
| 12. | 20-V-40-0010 | DL 12/20-5 |
| | Praktische Umsetzung des Digitalpakts an Wiesbadener Schulen | |
| 13. | 20-V-40-0012 | DL 14/20-1 |
| | Gutenbergschule - Ausführungsvorlage - Abriss und Neubau einer 1-Feld-Turnhalle | |
| 14. | 20-V-41-0002 | DL 11/20-4 |
| | Vorabfreigabe Fördermittel Bereich Kultur | |
| 15. | 20-V-51-0009 | DL 12/20-6 |
| | Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90, Schaffung von 10 Krippenplätzen in der
Katholischen Kindertagesstätte St. Kilian in Kostheim | |
| 16. | 20-V-51-0014 | DL 12/20-7 |
| | Fachkräftebedarfe in Kindertagesstätten sichern - Einrichtung einer Koordinationsstelle für die
"Praxisorientierte vergütete Erzieher*innenausbildung" | |
| 17. | 20-V-61-0010 | DL 06/20-18 |
| | Bebauungsplan "Südlich der Dostojewskistraße" im Ortsbezirk Südost - Aufstellungsbeschluss - | |

18. 20-V-61-0011 **DL 13/20-1 NÖ, 12/20-8**

Wohnbauflächenentwicklung Bebauungsplan „Lange Seegewann“ im Ortsbezirk Delkenheim
- Erweiterter Aufstellungsbeschluss mit Beauftragung der Verfahrensdurchführung

19. 20-V-61-0012 **DL 12/20-9**

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich „Mainzer Straße, Bereich C, südlich des Siegfriedrings“ im Ortsbezirk Südost und Biebrich
- Änderungsbeschluss -

20. 20-V-61-0013 **DL 12/20-10**

Bebauungsplan „Mainzer Straße Bereich C südlich des Siegfriedrings“ in den Ortsbezirken Südost und Biebrich
- Erweiterter Aufstellungsbeschluss mit Beauftragung der Verfahrensdurchführung -

21. 20-V-61-0014 **DL 11/20-5**

Vierte Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 - Beteiligung und Stellungnahme

22. 20-V-66-0101 **DL 11/20-6**

Abschluss des Bauprojekts Zentrale Straßenmeisterei / Genehmigung der Mehrkosten

23. 20-V-66-0201 **DL 11/20-7**

DIGI-V - Verausgabungsstand und Finanzierung Eigenanteil 2019

24. 20-V-66-0212 **DL 11/20-8**

Straßenbeleuchtungsvertrag - Mehrkosten 2019

25. 20-V-66-0213 **DL 15/20-4**

Kahle Mühle - Erweiterung des P & R Parkplatzes

26. 20-V-66-0302 **DL 06/20-20**

Umgestaltung der Rheinuferfläche, Kransand 1. BA - Mehrkosten

27. **20-V-67-0002** **DL 12/20-11**

Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept für das das Programmgebiet Wiesbaden Innenstadt und Süd im Rahmen des Städtebauförderprogramms "Zukunft Stadtgrün"

28. **20-V-67-0009** **DL 15/20-5**

Kinderspielplatzprogramm Wiesbaden 2020

29. **20-V-70-0001** **DL 12/20-12**

Verbesserung der Stadtsauberkeit; Übernahme der Zuständigkeit für die Reinigung von öffentlichen Kinderspielplätzen und Grünanlagen des Grünflächenamtes durch die ELW

NÖ Tagesordnung II

1. **20-V-05-0016** **DL 14/20-1 NÖ**

Stundung der Mindestpachtzahlungen und Vertragsanpassungen des Gestattungsvertrages der Wall GmbH mit der LHW

2. **20-V-20-0009** **DL 11/20-1 NÖ**

Bericht zur Entwicklung des Spezialfonds (aus Teilen der Erlöse aus dem Verkauf der Anteile an der ESWE-Versorgungs AG) zum 31.12.2019

3. **20-V-23-0204** **DL 12/20-2 NÖ**

Verzeichnis der vom 1. Oktober 2019 bis 31. Dezember 2019 genehmigten Grundstücksgeschäfte

4. **20-V-23-0205** **DL 12/20-3 NÖ**

Ankauf des Grundstücks Gemarkung Erbenheim, Flur 16, Flurstück 25/1

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Belz
Vorsitzender